

SPD KV-INTERN

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben bei der Kommunalwahl in einigen Bereichen mit Zugewinn abschließen können. Darüber freuen wir uns sehr. Unser Ergebnis von 2008 konnten wir verbessern, leider haben wir es nicht geschafft, die 30 %, die wir angestrebt haben, zu erreichen. Ein Grund hierfür ist, wie leider so oft, die geringe Wahlbeteiligung – von weniger als 50 %. Wir haben es nicht geschafft, unsere Wähler in die Wahllokale zu bewegen. An diesem Punkt müssen wir arbeiten und den Menschen in unserer Region klar machen, dass sie sich in ihrer Gemeinde, ihrer Stadt und dem Kreis einbringen können, wenn sie zur Wahl gehen. Gerade auf kommunaler Ebene gibt es viele Möglichkeiten politisch mitzugestalten. Dieses müssen wir deutlicher hervorbringen.

Der Kreisverband wird sich nach der Sommerpause mit der Auswertung der Kommunalwahl beschäftigen. Hierfür haben wir eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die unterschiedliche Analysen aufstellen wird. Diese Ausführungen werden wir euch nach Abschluss zur Verfügung stellen. Außerdem werden wir uns mit der Mitgliederentwicklung innerhalb der SPD auseinandersetzen und mit euch zusammen versuchen, die Mitgliederentwicklung in unserer Partei zu verbessern. Wir brauchen hierfür eure Unterstützung und Anregungen, damit wir diesen Punkt umsetzen können.

Auf der konstituierenden Kreistagssitzung am 19. Juni 2013 mussten wir mit Entsetzen feststellen, dass wir in allen Aufsichtsräte und Gremien im Kreis nicht mehr vertreten sind. Die CDU, die FDP, die Linken, die BfB und die Freien Wähler haben sich zusammengeschlossen und alle Positionen untereinander aufgeteilt. Für die Grünen, den SSW und uns wurden keine Ämter vorgesehen. Mit 49 % der Wählerstimmen haben wir innerhalb der Gremien und der Aufsichtsräte keine Mitsprache bekommen. Dieses war ein schwarzer Tag für die Demokratie in unserem Kreis. Für uns hat dieses Verhalten nichts mit Demokratieverständnis zu tun. So darf nicht mit dem Wählerwillen umgegangen werden.

Wir sollten alle die Sommerferien nutzen, um neue Kräfte zu sammeln, denn am 22. September 2013 steht die Bundestagswahl ins Haus und wir wollen unseren Kandidaten Dirk Peddinghaus tatkräftig unterstützen, damit wir im Wahlkreis 1 wieder einen SPD-Bundestagsabgeordneten stellen.



Ich wünsche allen, die in Urlaub fahren, einen schönen Aufenthalt und unfallfreies An- und Abreisen. Für alle, die zu Hause bleiben oder keine Ferien haben, wünsche ich schönes Wetter, nette Grillabende und einen erholsamen und sonnenreichen Sommer.

Euer Ralf Wrobel

Wichtige Termine:

- 17. 07. um 15.00 Uhr, Mitgliederversammlung AG60+ im DRK-Altenheim in Glücksburg
- 05.08. SPD-Kreisvorstand 19:00 Uhr im Kreisbüro
- 10.08. Sommerfest der SPD-Glücksburg 16:00 Uhr
- 03.09. SPD-Kreisvorstand 19:00 Uhr im Kreisbüro
- 11.09. Innenminister Breitner im Schimmelreiter Silberstedt
- 22.09. Bundestagswahl**
- 25.09. um 15.00 Uhr, Mitgliederversammlung AG60+ im AWO Zentrum Mathildenstrasse Flensburg
- 28.10. SPD-Kreisvorstand 19:00 Uhr im Kreisbüro
- 02.12. SPD-Kreisvorstand 19:00 Uhr im Kreisbüro
- 12.01. Jahresempfang SPD Glücksburg

SPD KV-INTERN

MdEP Ulrike Rodust zum jüngsten Erfolg im Europäischen Parlament

Mit Spannung erwarteten die Delegierten und Gäste auf dem SPD-Kreisparteitag in Jübek am 30. Mai 2013 das Mitglied im Europäischen Parlament (MdEP) Ulrike Rodust. Sie überbrachte dem Kreisparteitag die aktuellen Neuigkeiten aus Brüssel: Am Morgen des 30. Mai um 03.30 Uhr einigte sich nach hartem Ringen das Europäische Parlament und der Ministerrat auf eine neue Gemeinsame Fischereipolitik. „Nach Jahrzehnten verfehlter Politik wird die EU endlich Schluss machen mit der Überfischung. Die Reform ist eine historische Entscheidung“, so Ulrike Rodust.



Bis zuletzt herrschte Uneinigkeit über zentrale Punkte der Reform. In den nächtlichen Verhandlungen gelang es dem Parlamentsteam ein ehrgeizigeres Ziel für die Bestandserholung durchzusetzen als von den Ministern zunächst akzeptiert. Außerdem ist jetzt klar, dass die Überfischung 2015 beendet werden muss. Ein späteres Datum ist

nur in klar umrissenen Ausnahmefällen möglich.

Weiterhin sprach Ulrike Rodust über Europa und die Folgen der Krisen. „Gerade in dieser Zeit brauchen wir mehr Europa und vor allem einen solidarischen Umgang mit unseren europäischen Nachbarn“, so Ulrike Rodust. Als vorbildlich stellte Rodust in diesem Zusammenhang den Umgang mit der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein heraus.

Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel und der Fraktionsvorsitzende des Kreistages Ingo Degner erläuterten den Delegierten des Kreisparteitages in einer Analyse das vorläufige Ergeb-

nis der Kommunalwahl am 26. Mai 2013. „Mit der Wahlbeteiligung von 53,1 % im Kreis Schleswig-Flensburg liegen wir zwar über dem Landesdurchschnitt, aber zufrieden darüber können wir nicht sein“, so Ralf Wrobel in seiner Analyse. Wrobel appellierte an die Delegierten, das persönliche Gespräch mit den Menschen vor Ort zu suchen. Ingo Degner erläuterte das Wahlergebnis und die Sitzverteilung im Kreistag. Enttäuscht und verärgert zeigte sich Degner über das Umgehen mit der politischen Bildung an Schulen, wo sich viele Schulleiter geweigert haben, Parteien vor der Kommunalwahl einzuladen. „Diese Abkehr von der politischen Bildung an den Schulen ist kein Vorbild für die Demokratie“ so Degner.

Für die Landeskonzferenz zur Wahl der Bundesliste für die Europawahl 2014 am 01.11.2013 in Kiel wurden 15 Delegierte gewählt, die folgendes Stimmresultat erzielten: Marina Hansen (29 Stimmen), Bettina Koch (35 Stimmen), Anne Marxen (51 Stimmen), Birte Pauls (43 Stimmen), Rotraud Rasch (41 Stimmen), Bente Reimer (46 Stimmen), Jan Thorben Book (35 Stimmen), Immo Degner (28 Stimmen), Ingo Degner (36 Stimmen), Holger Groteguth (43 Stimmen), Jens Maßlo (39 Stimmen), Ingo Obst (26 Stimmen), Andreas Pauls (24 Stimmen), Dirk Peddinghaus (39 Stimmen, Ralf Wrobel (50 Stimmen).

Der Kreisparteitag behandelte einen satzungsändernden Antrag des SPD-Kreisverbandes, wonach Arbeitsgemeinschaften im Kreis Schleswig-Flensburg eine(n) Delegierte(n) auf Kreisparteitagen entsenden. Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Ein weiterer Antrag des Ortsvereins Steinbergkirche auf Ausweitung des Planziels Tourismus und Erholung auf mindestens des gesamten Bereiches von Glückburg bis Schleimünde in die Landesentwicklungsplanung aufzunehmen wurde ebenfalls angenommen.

Anne Marxen

SPD KV-INTERN

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere Küstenkoalition ist seit einem Jahr im Amt.

Vieles hat sich seither geändert
Viele unserer Versprechen haben wir bereits eingelöst. Unsere Schwerpunkte sind Bildung, gute Arbeit, Gerechtigkeit und Energiewende.

Im Gegensatz zur Vorgängerkoalition aus CDU und FDP gestalten wir soziale Politik nach unseren Schwerpunkten und bleiben trotzdem auf dem Konsolidierungspfad, den uns die Schuldenbremse vorgibt.

Unter dem Motto: Versprochen – Gehalten einige Beispiele dessen, was wir bereits aus unserem Koalitionsvertrag umgesetzt haben.

Bildungsdialog: wurde in zwei landesweiten Bildungskonferenzen umgesetzt; Ergebnisse fließen in das neue Schulgesetz ein.

Mehr Lehrkräfte: 300 der von der Vorgängerregierung gestrichenen Lehrstellen wurden beibehalten – für Differenzierungsstunden

an Gemeinschaftsschulen, die von 3 auf 5 Stunden wieder erhöht werden (180 Stellen), und für Inklusion: Dafür gibt es 120 zusätzliche Stellen.

Oberstufen: Es wurden bereits 10 neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen genehmigt.

Schulsozialarbeit: Die Förderung wird von 1,7 auf 4,8 Mio Euro angehoben.

Schülerbeförderungskosten: Die Verpflichtung der Kreise zur Erhebung eines Elternbeitrages haben wir abgeschafft.

Dänische Schulen: wir haben die Gleichstellung mit den deutschen Regelschulen wieder hergestellt.

Studienbedingungen: Wir haben ein Sondervermögen für die energetische Sanierung von Hochschulbauten mit 40 Mi Euro eingerichtet und für die Schaffung von Wohnraum für Stu-

denten dem Studentenwerk 600.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Kulturdialog: der landesweite Dialog zu Perspektiven und Förderung der Kultur ist auf den Weg gebracht.

Mindestlohn: Mit unserem Mindestlohngesetz wollen wir überall dort, wo das Land Einfluss nehmen kann, dies im Interesse der Mindestlohn-Regelung tun. In einer Bundesratsinitiative mit anderen Bundesländern fordern wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro.

Blindengeld: wurde auf 300 Euro erhöht.

Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen: werden mit zusätzlichen 553.000 Euro gefördert.

Kinderschutz: für den Ausbau früher Hilfen (z. B. Familienhebammen) erhalten die Kommunen 2,1 Mio Euro. Das Landesprogramm „Schutzengel“ wird fortgesetzt.

Pflege: 2013 und 2014 stellen wir zusätzlich je 200 landesgeförderte Ausbildungsplätze in der Altenpflege zur Verfügung. Die Pflegekammer ist beschlossen und wird eingerichtet.

Kinderbetreuung: Für den Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Vereinbarung geschlossen sowie zusätzlich 15 Mio Euro für Betriebskosten bewilligt, die bis 2017 auf 80 Mio aufwachsen.

Kita-Sozialstaffel: Wir haben dafür gesorgt, dass Eltern, die nur Arbeitslosengeld II/Sozialgeld beziehen, keine Kita-Gebühren zahlen müssen.

Wahlalter 16 bei Landtagswahlen wurde beschlossen.

Eingliederungshilfe: ein neuer Landesrahmenvertrag wurde geschlossen und regelt Elemente der Sozialleistungen für die rund 30.000 Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein.

Bürgermeister-Direktwahl: wurde von uns für Gemeinden mit weniger als 8.000 Einwohnern wieder eingeführt.

SPD KV-INTERN

Bürgerbeteiligung: Wir haben ein Gesetz verabschiedet, das Bürgerbeteiligung erleichtert.

Mitbestimmung: Wir haben die von der Vorgängerkoalition beschlossenen Verschlechterungen bei der Mitbestimmung wieder rückgängig gemacht.

Sicherheitsverwahrung: Wir haben dafür gesorgt, dass in Kooperation mit Hamburg der geforderte Standard bei der Unterbringung der Sicherungsverwahrten eingehalten wird.

Rechtsextremismus: Die Regierung hat ein Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung ausgearbeitet, für das wir 320.000 Euro zur Verfügung stellen.

Integration: Wir haben die Kürzungen bei der Migrationssozialberatung wieder rückgängig gemacht.

Wohnungsbau: Wir erhalten das Zweckvermögen und stellen weitere Mittel für Wohnungsförderung zur Verfügung.

Tariftreue: bei öffentlichen Aufträgen wird es keine Dumpinglöhne mehr geben; dazu haben wir ein Tariftreue- und Vergabegesetz beschlossen. In Zusammenarbeit mit Hamburg werden wir ein Korruptionsregister einrichten, um „schwarze Schafe“ von öffentlichen Aufträgen auszuschließen.

Verkehrsinfrastruktur: Wir stellen für Straßenunterhaltung und -sanierung in diesem Jahr insgesamt fast 30 Mio Euro zur Verfügung. Die A20 wird Abschnitt für Abschnitt von Ost nach West weitergebaut.

Tourismus: Wir nehmen die Kürzungen der Mittel für die landesweite Tourismusagentur zurück.

Wirtschaftsförderung: wir orientieren uns an Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende, um die Wachstumskraft des Landes zu stärken.

Windeigungsflächen: Wir haben 1,7 % der Landesfläche ausgewiesen.

Ökolandbau: Wir haben die Beibehaltungsförderung wieder eingeführt.

Gentechnik: Schleswig-Holstein ist im September 2012 dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten.

Fracking: Der Landtag lehnt Fracking in Schleswig-Holstein ab.

Sparkassen: Wir verhindern den Einstieg privater Institute in unsere öffentlich-rechtlichen Sparkassen und verbessern deren Rahmenbedingungen.

Minderheiten: Wir haben die Sinti und Roma gleichberechtigt mit den anderen Minderheiten unter den Schutz der Landesverfassung gestellt. Die Minderheitenbeauftragte ist seit unserer Regierungsübernahme wieder ehrenamtlich tätig.

Übernahme Tarifabschluss Beamtenbesoldung

Ich wünsche allen eine erholsame Sommerzeit
Birte Pauls, MdL

Chronologie der Gespräche zur Gremienbesetzung nach der Kommunalwahl

02. Juni 2013, 20.00 Uhr

Gespräch mit „Freie Wähler S-H“, Herrn Wagner und Herrn Warwel, im Haus von Herrn Wagner in Loit, SPD-Teilnehmer: Ralf Wrobel und ich

In diesem Gespräch, in dem zahlreiche aktuelle Themen der Kreispolitik (Option, Landestheater u.ä.) angesprochen wurden, sagten die beiden Vertreter der Freien Wähler, dass sie mit der CDU nichts „am Hut“ hätten und wenn es „die CDU trifft, dann sind wir dabei“. Wir haben den beiden Vertretern zugesichert, dass auch wir uns für eine Vergrößerung der Ausschüsse einsetzen wollen, damit die „kleinen“ Fraktionen in den Ausschüssen mitarbeiten können.

04. Juni 2013, 09.00 Uhr

Gespräch mit Herrn Kux bei mir in der Schule. Herr Kux beschwert sich mit gegenüber, dass ich der CDU-Fraktion mit dem Verlust von Gremienplätzen und der Nichtwahl des von der CDU designierten KP drohe. Ich habe Herrn Kux zu erklären versucht, dass mein

SPD KV-INTERN

Hinweis auf die Gremienwahl und eine mögliche Nichtwahl des Kreispräsidenten das Aufzeigen von Alternativen sei, die die Fraktionen von SPD, SSW und Grünen auch hätten, wenn man sich um Mehrheiten bemühen würde.

Hieran sei aber weder der SSW noch die Grünen interessiert, und auch die SPD-Fraktion streben eine sog. Friedensliste an, zu der die Positionen gehören, die vom Kreis nur mit einem Sitz zu besetzen seien, die Frage, ob die CDU auf den 1. KR verzichtet und ob der designierte KP in offener Wahl, ggf. aber auch in geheimer Wahl möglichst viele Stimmen bekommt.

Herr Kux verabschiedete sich mit dem Versprechen, eine Klärung innerhalb der CDU-Fraktion herbeizuführen.

04. Juni 2013, 17.00 Uhr

Sitzung des Fraktionsvorstandes plus Ralf Wrobel.

Abprache über die Verhandlungsstrategie und -ziele:

1. Ziel bei der Besetzung der Gremien ist eine Friedensliste, aber
2. die CDU kann mit 40% der Stimmen nicht 100% der Spitzenpositionen für sich beanspruchen, d.h. die CDU kann nicht alleinig über die Positionen verfügen, wo nur ein Platz zu vergeben ist, z.B. Zweckverband Leitstelle oder Aufsichtsrat Helios-Klinik. Außerdem kann man mit 40% nicht beide Spitzenämter beanspruchen, also den Kreispräsidenten **und** den 1. Kreisrat.

05. Juni 2013, 17.30 Uhr

Gespräch mit der SSW-Fraktion, SPD-Teilnehmer: Ralf Wrobel und ich.

Die Vorstellungen der SSW-Fraktion waren mit denen des SPD-Fraktionsvorstandes deckungsgleich.

07. Juni 2013, 15.00 Uhr

Fraktionssitzung, Bestätigung der o.a. Verhandlungslinie

10. Juni 2013, 10.00 Uhr

Gespräch im Haus von Manfred Wilner-Höfer in Hürup.

Teilnehmer: Timo Kux, CDU, Gudrun Lemke, SSW. Manfred Wilner-Höfer, Grüne und Ingo Degner, SPD.

Alle Teilnehmer betonten den Wunsch einer „Friedensliste“, durch die alle Fraktionen im Kreistag angemessen, d.h. ihrem Stimmengewicht entsprechend, berücksichtigt werden. Nachdem alle Positionen durchgegangen worden sind, stand eine einvernehmliche Lösung fest:

1. Ausschussgröße 16, plus Ausschussvorsitz und Stellvertreter
2. Verteilung der sonstigen Positionen **nicht** nach dem Mehrheitswahlrecht, was nach Auskunft des Rechtsamtes des Kreises möglich sei, sondern im Prinzip nach der Fraktionsstärke. Offen blieben der Aufsichtsratsitz der Helios-Klinik und die Position des 1. Kreis. Selbst die Verteilung der Positionen für den Landkreistag war einvernehmlich, da Herr Kux anbot, den LR und den KP plus je einen Vertreter von SPD, SSW und Grüne zu wählen. Sein Entgegenkommen, nicht über das „Ticket“ des Landrates zu streiten, nannte ich in der Sitzung als „sehr honorig“!
3. Alle vier Fraktionsvorsitzenden wollten dieses Ergebnis in ihren Fraktionen besprechen und die beiden offenen Fragen klären.

13. Juni 2013, 14.30 Uhr, Kreishaus

Sitzung des Ältestenrates,

laut Protokoll wird **einstimmig** (incl. Herrn Kux) beschlossen:

„Zu TOP 7 – Änderung der Hauptsatzung

Um die Sitzverteilung im Kreistag nach der Kommunalwahl annähernd auch in den Ausschüssen widerzuspiegeln, haben sich die designierten Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen darauf verständigt, die Ausschüsse einschließlich des Hauptausschusses auf jeweils **16 Mitglieder** zu vergrößern. Dies soll auch für die Höchstzahl der als stellvertretende Ausschussmitglieder

SPD KV-INTERN

zu wählende Abgeordneten gelten. Der gesetzlich gesondert geregelte Jugendhilfeausschuss soll von dieser Änderung unberührt bleiben.“

Am **Freitag, d. 14. Juni 2013 (!)** um 19.59 Uhr mailt Herr Kux an Frau Stekkelies, Sitzungsdienst des Kreises SL-FL:

„Sehr geehrte Frau Stekkelies, bitte ergänzen Sie noch zum Protokoll, dass ich unter TOP 7 darauf hingewiesen habe, dass ich da keine Aussage für die CDU Fraktion machen kann, weil hier noch Abstimmungsbedarf besteht.“

Diese Aussage ist keinem der von mir angesprochenen Ältestenratsmitglieder (Lemke, Wilner-Höfer, Groteguth und Dr. Buschmann) erinnerlich. Weil diese Aussage nicht gefallen ist, hat ja auch die Verwaltung die Änderung der Hauptsatzung als Vorlage für den Kreistag mit **16 Plätzen** auf den Weg gebracht.

17. Juni 2013, 12.00 Uhr

Gespräch mit dem von der CDU designierten KP Ulrich Brüggemeier bei mir in der Schule.

Herr Brüggemeier **verlangte** die Zustimmung für seine Wahl als KP, weil die CDU ein Vorschlagsrecht auf diese Position habe und auch ein Vorschlagsrecht auf den 1.KR habe. Außerdem müsse ich der CDU etwas anbieten, damit die CDU-Fraktion sich bewege. Außerdem sei er menschlich von mir enttäuscht.

Ich habe gebetsmühlenartig wiederholt, dass die CDU im Rahmen der Friedenliste mehr Positionen erhalten würden, als ihr zahlenmäßig zustünde und nannte die vier Position für den Verwaltungsrat NOSPA, wo die CDU 2 Sitze und die SPD und der SSW je einen Sitz erhalten würden. Außerdem könne die CDU mit 40% der Stimmen nicht 100% der Spitzenpositionen für sich beanspruchen. Herr Brüggemeier betonte, dass die CDU dies doch könne, da ja der Landrat ein SPD-Landrat sei (diese Aussage haben CDU-Vertreter in der Zwischenzeit an verschiedenen Stellen – so auch in der Kreistagssitzung – geäußert. LR Dr. Buschmann hat übrigens auf diese Vorhaltung gesagt: „Es ehrt mich, als SPD-Landrat angesehen zu werden, ich bin aber parteilos.“).

18. Juni 2013, 17.30 Uhr

Nach mehreren Bitten von mir bot Herr Kux mir ein Gespräch erst zum 18. Juni in seinem Pflegeheim in Hollingstedt an. Terminiert um 16.00 Uhr, nach telefonischer Änderung um 17.30 Uhr. Dort habe ich bis 18.15 Uhr auf Herrn Kux gewartet, der – später nach eigener Aussage - in seinem zweiten Pflegeheim in Treia dienstlich gebunden gewesen sei.

In einer sachlichen Gesprächsatmosphäre waren wir uns in allen Punkten einig, lediglich die Position des 1. KR könne Herr Kux nicht ohne die Zustimmung seines geschäftsführenden Fraktionsvorstandes aufgeben. Dieser würde am nächsten Tag um 10.00 Uhr tagen, er würde mir dann Bescheid geben. Dies ist leider nicht erfolgt.

19. Juni 2013 ab 10.00 Uhr

Daher habe ich ab 10.00 Uhr regelmäßig versucht, Herrn Kux telefonisch zu erreichen, was mir nicht gelang, weil er über sein Handy nicht erreichbar war.

Um 13.05 Uhr traf ich Herrn Kux zufällig im Kreishaus. Er sagte mir, dass sein Fraktionsvorstand in der Frage 1. KR gespalten sein, daher müsse jetzt seine Fraktion entscheiden. Er werde mich informieren.

Um 13.30 Uhr Fraktionssitzung der SPD. Die Fraktion bestätigt noch einmal ihren Beschluss, dass ich geheime Wahl bei der Position des Kreispräsidenten beantragen werde, wenn die CDU kein Entgegenkommen zeige.

Um 14.00 Uhr. Beginn der Kreistagssitzung, Unmittelbar vor der Eröffnung erklärt mir Herr Kux, dass die CDU auf den 1 KR bestehe.

Nach der geheimen Wahl des Kreispräsidenten, der geheimen Wahl (auf Antrag von Manfred Wilner-Höfer) des Herrn Kux zum 1. Stellvertreter des Landrates und der offenen Wahl von mir zum 2. Stellvertreter des Landrates wurde eine Tischvorlage, Briefkopf „Freie Wähler“, Die Linke, FDP, BfB und CDU, verteilt, die die Verwaltungsvorlage (Ergebnis der Ältestenratssitzung vom 13. Juni) ersetzt und vorsah, die Ausschussgröße von 16 auf 15 zu verkleinern.

Diese Tischvorlage ist auf den 18. Juni datiert. Diese Reduzierung geht ausschließlich zu Lasten der SPD-Fraktion! Der Antrag des Links-

SPD KV-INTERN

Rechts-Bündnisses wurde gegen die Stimmen von SPD, SSW und Grünen angenommen.

In einer Sitzungsunterbrechung hat dann die SPD-Fraktion in einem Akt der besonderen Solidarität in allen betroffenen Ausschüssen je einen vorgesehenen Kreistagsabgeordneten streichen müssen, weil die Fraktion auf kein bürgerliches Mitglied verzichten kann.

Nach dem Wiederbeginn der Kreistagssitzung legte das o.a. Bündnis (verkappte Fraktionsgemeinschaft?) zum TOP 13, Besetzung weiterer Gremien, eine weitere Tischvorlage (**wiederum datiert vom 18. Juni 2013!**) vor, die eine Vorschlagsliste für die Besetzung weiterer Gremien (z.B. NOSP, BBZ oder Abfallwirtschaft S-F) beinhaltete, die **keine** Vertreter von SPD, SSW und Grüne mehr vorsah. Hierbei unterlief dem Bündnis der Fehler, dass sie einige wenige Wahlstellen übersehen hatten und diese nun dem SSW und den Grünen anbot. Die beiden Fraktionen verzichteten auf dieses Angebot und übten damit öffentliche Solidarität mit der SPD-Fraktion. Dafür sind wir sehr dankbar!

In der nachfolgenden Hauptausschusssitzung legte dann das Links-Rechts-Bündnis eine ebenfalls vom 18. Juni 2013 datierte Tischvorlage vor, die zum TOP 6 eine „**Gemeinsame Vorschlagsliste**“ vorsah, die alle Positionen von Vertretern des o.a. Bündnisses besetzt und die Vertreter von SPD, SSW und Grünen völlig unberücksichtigt ließ. Auch diese Vorlage würde mit den Stimmen des o.a. Bündnisses angenommen.

Das Ergebnis dieses denkwürdigen Bündnisses:

50% der Wählerstimmen zur Kommunalwahl haben 0% der Sitze in den weiteren Gremien.

Als Erklärung für dieses Bündnis mit den oben geschilderten Auswirkungen wird genannt, z.B. durch den Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Brodersen, „Degner hat so ruppig verhandelt.“

Dies ist falsch. Richtig ist, dass ich nach dem Wahlabend bis zur konstituierenden Sitzung des Kreistages kein einziges Wort mit Herrn Brodersen über die künftige Gremienbesetzung gesprochen habe. Alle Gespräche haben in einer der Thematik angemessenen Atmo-

sphäre stattgefunden und sind in diesem Schreiben aufgelistet.

Gudrun Lemke, Manfred Wilner-Höfer, ich selbst und – für uns drei so wahrnehmbar – auch Herr Kux sind in allen Verhandlungsgesprächen immer von 16er Ausschüssen und der sog. Friedensliste ausgegangen, lediglich zwei Fragen blieben bis zuletzt offen(s.o.).

Herr Kux versucht sein Bündnis zu rechtfertigen mit dem Hinweis „Herr Degner hat gedroht, Herrn Brüggemeier nicht zum Kreispräsidenten zu wählen und der CDU bei der Gremienbesetzung durch das Mehrheitswahlrecht zu schaden.“

Diese Aussage ist eindeutig falsch, da Gudrun Lemke und Manfred Wilner-Höfer in mehreren Gesprächen – auch Herrn Kux gegenüber – betont haben, dass der SSW und die Grünen **nicht** für eine kontroverse Abstimmung zur Verfügung ständen, sondern, wie wir, eine einvernehmliche Lösung wollen.

Womit hätte ich denn drohen sollen? Mit 13 Stimmen ist man weit weg von einem ernsthaften Drohpotential!

Richtig ist, dass Herr Kux mich – aber auch Gudrun Lemke und Manfred Wilner-Höfer – persönlich über Tage im Glauben gelassen hat, dass unsere Absprachen auch ein gutes Ende finden werden.

Herr Kux hat mich über Tage bis zum **19. Juni** sogar ins Gesicht hinein angelogen, als er betonte, sich für eine Lösung einzusetzen, obwohl er zu **diesem Zeitpunkt** ein Bündnis von den Linken bis zur CDU schon geschlossen hatte (s. Briefköpfe der vom **18. Juni** datierten Anträge für den KT und den Hauptausschuss).

Es fällt mir unglaublich schwer, mit einem solchen Verhalten – auch Herrn Kux persönlich gegenüber – umzugehen.

Wie geht es weiter?

Die SPD-Fraktion hat am **Freitag, d. 28. Juni** getagen und das weitere Vorgehen gemeinsam mit den Fraktionen von SSW und Grünen abgesprochen.

Im Namen der Kreistagsfraktionen von SPD, SSW und Grünen haben wir gegenüber dem Kreispräsidenten und der Hauptausschussvor-

SPD KV-INTERN

sitzenden Widerspruch gegen die Wahlergebnisse per Mail eingelegt:

Mail 1:

„Sehr geehrter Herr Kreispräsident Brüggemeier, im Namen der drei Kreistagsfraktionen von SPD, SSW und Grünen beantragen wir – bevor wir ggf. im Wege eines Kommunalstreitverfahrenes eine Feststellungsklage vor dem VG in Schleswig anstrengen – die Überprüfung der Ergebnisse zu den TOP 7, TOP 10 und zum TOP 13 der Kreistagssitzung am 19. Juni 2013.

Besonders bitten wir um Überprüfung der Fristen bis zur Veröffentlichung der geänderten Hauptsatzung in Hinblick auf die Rechtskräftigkeit, die angemessene Widerspiegelung des Wahlergebnisses der Kommunalwahl bei der Zusammensetzung der Ausschüsse und das Wahlverfahren bei der Besetzung der weiteren Wahlstellen. Außerdem bitten wir um Überprüfung, ob das Bündnis aus „Freie Wähler“, „BfB“, „Die Linke“, „FDP“ und „CDU“ (s. Antrag vom 18.06.2013 zur Kreistagssitzung) als verkappte Zählgemeinschaft zu werten ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Degner, Gudrun Lemke, Manfred Wilner-Höfer“

Mail 2:

„Sehr geehrter Herr Kreispräsident Brüggemeier, im Nachgang zu meiner u.a. Mail teile ich Ihnen mit, dass ich mich bei der Nennung des Tagesordnungspunktes 10 geirrt habe. Richtig ist natürlich TOP 11.

Außerdem legen die drei Fraktionen Widerspruch gegen die Beschlüsse der drei Tagesordnungspunkte der o.a. Kreistagssitzung ein und fordern Sie auf, die Beschlüsse aufzuheben. Die Begründung entnehmen Sie bitte unserer ersten Mail (s.u.). Bitte teilen Sie mir auch dieses Mal mit, ob dieser Widerspruch Ihnen auch in Papierform zugehen muss.“

Mail 3:

An die Vorsitzende des Hauptausschuss

„Sehr geehrte Frau Dr. Sütterlin-Waack, im Namen der drei Kreistagsfraktionen von SPD,

SSW und Grünen legen wir Widerspruch gegen die Beschlüsse zu TOP 6 (Besetzung von Gremien) der Hauptausschusssitzung vom 19. Juni ein.

Nach unserer Meinung ist die ausschließliche Anwendung des Mehrheitswahlrechtes bei der Besetzung der o.a. Gremien rechtswidrig. Es handelt sich zumindest in der Mehrheit der zu vergebenen Stellen eben nicht um Bestellungen, sondern um Wahlen im Sinne von § 35 (4) und §41 (1) KO.“

Es bleibt abzuwarten, wie die Prüfung unserer Widersprüche ausgeht.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Gremienbesetzung durch das Links-Rechts-Bündnis sich als rechtswidrig herausstellen wird.

Es ist zu Recht in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden (s. Berichterstattung H. Harding), dass die Umstände, der Ablauf und das gegenwärtige Ergebnis von der CDU-Kreistagsfraktion unter Führung der Herren Kux und Brüggemeier zu verantworten sind, denen es um reine Machtinteressen zu Gunsten der CDU gehe.

So zerstören diese beiden CDU-Politiker die über Jahre praktizierte gemeinsame, überparteiliche und erfolgreiche kommunalpolitische Arbeit für den Kreis Schleswig-Flensburg.

Wenn sich das Verfahren auch noch als rechtswidrig herausstellt, ist die CDU im Kreis dann dreifach beschädigt: **Politisch, moralisch und juristisch!**

Ingo Degner

Erklärung der SPD-Kreistagsfraktion, SSW-Kreistagsfraktion, Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

„Wegen der Rechtsfehler bei der Durchführung der Wahlen in der letzten Sitzung des Kreistages und im letzten Hauptausschuss werden der Kreistag und der Hauptausschuss am 14. August jeweils Sondersitzungen durchführen, um diese Fehler durch Neuwahl zu beheben.

Die Wiederholung zahlreicher Wahlen bietet nach Meinung der drei Kreistagsfraktionen von SPD, SSW und Grüne jetzt die große Chan-

SPD KV-INTERN

ce, interfraktionell zu einem von allen Fraktionen getragenen „Neustart“ im Sinne einer „Friedensliste“ bei der Gremienbesetzung zu kommen.

Die drei Fraktionen von SPD, SSW und Grüne schlagen daher vor, Ehrenkreispräsident Johannes Petersen und das CDU-Ehrenmitglied Peter-Dieter Henningsen – beides ausgewiesene Kenner der Kreispolitik und der Gremienarbeit – zu bitten, gemeinsam mit allen Fraktionen einen Ausweg aus der gegenwärtig juristisch und politisch unbefriedigenden Situation zu finden. Wenn dieses gelingt, dann sehen Ingo Degner, Gudrun Lemke und Manfred Wilner-Höfer doch noch die Chance, zur gewohnt sachlichen Arbeit in den Gremien des Kreises zurück zu finden, die dann auch eine Wahlperiode Bestand haben sollte.

Das Phantom des Wahlkreises 5 in Kappeln

Bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2013 wurden im Wahlkreis 5 (Mehlby, Sandbek, Stutebüll) zwei Kandidaten der CDU direkt gewählt. Herr Thomas Grohmann mit 262 Stimmen und Herr Prahl mit 241 Stimmen. Für Herrn Prahl waren das immerhin 66 Stimmen mehr als die drittplatzierte Ilona Mende von der SPD erringen konnte. Aber unter welchen Voraussetzungen?

Herr Prahl war einer von 4 Kandidaten gegen die die SPD schon vor der Wahl erfolglos Einspruch wegen falscher Wohnsitzangaben erhoben hatte. Aus rechtlichen Gründen war eine Klärung vor der Wahl nicht möglich. Nach der Wahl haben dann viele Wählerinnen und Wähler Einspruch gegen das Ergebnis der Wahl eingelegt, weil „falsche“ Kandidaten Wählerstimmen auf sich zogen, die sie eigentlich gar nicht holen durften. Diese Einsprüche laufen noch und werden in den nächsten Monaten – notfalls durch ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht – entschieden.

Nun hat Herr Prahl – weil ihm wohl die Tragweite seiner falschen Wohnungsangabe bewusst wurde - die „....Annahme der Wahl abgelehnt.“

Der Gewinn seines Direktmandates stand mit Bild im Schlei-Boten vom 28. Mai 2013 auf der ersten Regionalseite „Kappeler Nachrichten.“ Seine Nichtannahme des Mandats erschien eher heimlich, still und leise nur auf der Internetseite der Stadt unter „Öffentliche Bekanntmachungen“ und im Aushang des Rathauses. Erst heute – am 19.06.13 - stand die Nachricht seines Ausscheidens im Schlei-Boten und wurde damit auch der breiten Öffentlichkeit bekannt.

Mit der Ablehnung seiner Wahl ist Herr Prahl wohl noch rechtzeitig der zwangsweisen Entfernung aus der Vertretung zuvorgekommen.

Die Wähler, die im Wahlkreis 5 Herrn Prahl als Person gewählt haben, fühlen sich sicherlich vorsätzlich getäuscht.



„Wie? Herr Prahl ist trotz eines Direktmandates nicht in der Stadtvertretung? Wir haben ihn doch mit Mehrheit dafür gewählt!“

Nein, Herr Prahl ist trotz Direktwahl kein Stadtvertreter!

Aber dafür rückt nun von der Liste der CDU Herr Volker Ramge nach!

Also hatten wir Recht mit der Annahme, dass falsche melderechtliche Angaben zur Erlangung der Wählbarkeit gemacht wurden. Und offensichtlich nicht nur von Herrn Prahl alleine! Und unser Bürgermeister hat dies vor der Wahl nicht erkannt? Das ist kaum möglich, denn gerade im müsste die konkrete Wohnsituation der Personen doch bekannt gewesen sein.

Die Prüfung für 3 weitere Wackelkandidaten – darunter auch der Nachrücker Herr Ramge – wird hoffentlich Klarheit und damit Licht in die Unterwelt der Phantome bringen.

Rainer Moll

SPD-Fraktionsvorsitzender Kappeln

SPD KV-INTERN

**Impressum:**

Herausgeber:

SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg

Königstraße 4,

24837 Schleswig,

Telefon 04621-27110

KV-Schleswig-Flensburg@spd.de

www.spd-schleswig-flensburg.de

V.i.S.d.P. Karsten Stühmer stellv. Vorsitzender

der SPD Schleswig-Flensburg

Redaktion: Anne Marxen und Karsten Stühmer
Namentlich gekennzeichnete Artikel erscheinen
außer Verantwortung der Redaktion.